

Antrag

der Abgeordneten Frank Sitta, Mario Brandenburg (Südpfalz), Manuel Höferlin, Jimmy Schulz, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Dr. Jürgen Martens, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Sandra Weeser, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Smart Perso – Personalausweis auf dem Handy

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Digitalisierung erobert immer mehr Teilaspekte der Gesellschaft: Überweisungen werden bequem vom Smartphone getätigt, Bücher können in Sekundenschnelle auf ein Lesegerät geladen werden und Lehrmaterialien von führenden Universitäten sind weltweit für jeden zugänglich. In den letzten 20 Jahren entwickelten sich Flugzeigtickets von handbeschriebenen Büchern auf rotem Druckschreibepapier zu E-Tickets und digitalen QR-Codes auf Handys.

Lediglich die öffentliche Verwaltung hinkt hinterher. Der Personalausweis wechselte ins Scheckkartenformat, aber ein Behördenbesuch ist immer noch notwendig, um eine Ummeldung durchzuführen oder einen neuen Ausweis zu beantragen. Statt die gesamte Verwaltung in einem umfassenden Konzept zu digitalisieren, beschränkt sich die Bundesregierung auf die Digitalisierung einzelner analoger Prozesse. So werden schlechte analoge Prozesse in schlechte digitale Prozesse umgewandelt, anstatt Workflows grundlegend unter Berücksichtigung neuer digitaler Möglichkeiten zu vereinfachen. Sperrige Angebote, wie die Online-Funktion des elektronischen Personalauswei-

ses, werden in der Gesellschaft kaum genutzt, denn die Bürger sind im Internet intuitive, einfache Systeme aus der Privatwirtschaft gewohnt.

Dabei muss jeder am digitalisierten Leben teilhaben können – sicher und unkompliziert. Dafür muss der Personalausweis für eine nutzerfreundliche und sichere digitale Identifizierung weiterentwickelt werden. Ob gegenüber Behörden, im Gesundheitswesen, im Austausch mit Banken, Unternehmen oder der Nutzer untereinander: Überall soll eine sichere, digital nachweisbare Identifizierung zum Einsatz kommen können. Der elektronische Personalausweis soll alle anderen Berechtigungskarten und Identitätsnachweise ersetzen können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- eine Gesamtstrategie für die Weiterentwicklung des Personalausweises vorzulegen. Der Personalausweis muss auf das Smartphone oder andere sichere Speicherorte übertragbar sein, um als sicheres, nutzerfreundliches Grundelement der digitalen Identifikation, auch ohne zusätzliche Hardware, dienen zu können. Zusätzlich müssen vollständige Prozesse mit öffentlichen Behörden und privaten Unternehmen digital ermöglicht werden;
- ein „Wallet“ als zentrales Kernelement für amtliche Urkunden und Dokumente einzuführen und die Zusammenführung sämtlicher Berechtigungskarten und Identitätsnachweise auf dem Smartphone oder anderen sicheren Speicherorten zu ermöglichen. Die Daten des Personalausweises sollen dabei auf Wunsch mit dem Führerschein, Bildungsabschlüssen und weiteren privaten Zertifikaten erweitert werden;
- dafür zu sorgen, dass die im Wallet gespeicherten Informationen, auch über die Daten des Personalausweises hinaus, selektiv für Dritte freigegeben werden können. Dadurch können Prozesse, wie beispielsweise Anträge auf Familienleistungen, aber auch das Mieten von Fahrzeugen, für den Bürger vereinfacht werden. So soll ein Nutzer ein Auto mieten können, indem er seinen Namen, seine Führerscheinklasse, seine Kreditkartendaten und seine Alterskategorie (älter als 25 Jahre) teilt. Weitere Informationen, wie das exakte Geburtsdatum oder das Geschlecht, müssen dabei nicht freigegeben werden;
- dafür zu sorgen, dass die private Zertifizierung weiterer Daten durch Dritte ermöglicht wird, um beispielsweise Bildungsurkunden verifiziert zu speichern. Werden Daten für eine Anwendung freigegeben, ist auch jede Verifizierung ersichtlich. So kann beispielsweise der Fahrzeugvermieter die Verifizierung durch die amtliche Behörde zur Bedingung machen. Werden Bildungsurkunden auf einem Berufnetzwerk geteilt, sind die privaten und amtlichen Verifizierungen ebenso ersichtlich;
- eine dezentrale Public-Key-Infrastruktur (PKI) im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu schaffen, welche unabhängig von Dritten in Betrieb und Benutzung sein soll. Offlinefähige Authentifizierung und Autorisierung zwischen beliebigen Parteien muss flächendeckend für alle Bürger und Unternehmen möglich sein. Mit frei formulier- und delegierbaren Rechten und Pflichten sollen auch beliebig kurzlebige, aber zweckgebundene und pseudonyme Identitäten zum Schutze der Privatsphäre geschaffen werden.

Berlin, den 12. März 2019

Christian Lindner und Fraktion